



CDU Maintal, SPD Maintal, FDP Maintal

Kooperationsvereinbarung

für die Wahlperiode 2021 bis 2026 der Stadtverordnetenversammlung Maintal

*Verantwortung
für Maintal
übernehmen!*

Maintal
14. Juni 2021

Kooperationsvereinbarung der CDU, SPD und FDP in der Stadtverordnetenversammlung Maintal für die Wahlperiode 2021 bis 2026

1 Präambel

Maintal ist eine erfolgreiche Stadt mit großem Entwicklungspotenzial inmitten des Rhein-Main-Gebietes und mit einer engagierten Bürgergesellschaft. Diese Stärken und Potenziale wollen wir, die CDU, SPD und FDP in Maintal, in dieser Wahlperiode halten und ausbauen. Hierbei wollen wir Maintal auf die Rolle als künftig größte Stadt im Main-Kinzig-Kreis nach der Kreisfreiheit der Stadt Hanau vorbereiten.

Gemeinsam ist uns das Ziel, in verlässlicher, in gegenseitigem Vertrauen und Respekt begründeter Zusammenarbeit durch eine stabile Politik weiterhin die Weichen für den Erfolg in Maintal zu stellen. Dazu gehört auch, die weichen Standortfaktoren zu stärken und die Attraktivität unserer Stadt weiterzuentwickeln.

Wir setzen hierbei einen Schwerpunkt auf Stadtentwicklung, Wohnungsbau, solide Finanzen und die Weiterentwicklung der städtischen Gesellschaften, Bildung und Betreuung der Kinder, Klimaschutz, Mobilität, Erneuerung der städtischen Infrastruktur und Ausbau einer modernen digitalen Infrastruktur. Wir stehen für ein Maintal der Kinder- und Familienfreundlichkeit. Gemeinsam stärken wir Vielfalt, das Zusammenleben der Generationen, mit einer guten Betreuung der Jüngsten über die wohnortnahe Versorgung der Ältesten und damit die aktive Gestaltung des demografischen Wandels. Wir bekennen uns zum Sicherheitsbedürfnis der Bürgerinnen und Bürger in unserer Stadt.

Wir wollen die Stadt Maintal in der laufenden Wahlperiode im Rahmen der gebotenen haushaltsbedingten Einschränkungen gemeinsam zukunftsorientiert weiterentwickeln.

Die Anzahl der beteiligten Fraktionen erhöht die Chance, sich personell vielseitig und auf Basis einer breiten Mehrheit in den politischen Prozess einzubringen. Eine offene Zusammenarbeit und ein vertrauensvoller Austausch mit anderen demokratischen Fraktionen werden angestrebt.

Wir streben eine Optimierung sowohl des Berichtswesens als auch der Entscheidungsabläufe in den städtischen Gremien an, um insbesondere bei größeren Projekten die Erreichung der gesetzten Ziele zu gewährleisten und bei drohenden Abweichungen rechtzeitig nachsteuern zu können.

Maintal sieht sich besonderen Herausforderungen gegenüber, deren Bewältigung durch eine breite Basis in Stadtverordnetenversammlung und Magistrat erleichtert wird. Uns verbindet der gemeinsame Wille, Lösungen zu finden zum Wohle aller Bürgerinnen und Bürger in unserer Stadt.

Wir wollen im Geiste dieser Vereinbarung die Arbeit der kommenden Wahlperiode gestalten und dabei untereinander vertrauensvoll und im offenen Gespräch mit den anderen Fraktionen in der Stadtverordnetenversammlung und dem mit dem Magistrat zusammenarbeiten.

Dies vorausgeschickt vereinbaren wir, die Kooperationspartner, die nachfolgenden inhaltlichen Initiativen, Ziele und Leitlinien für ihre Arbeit.

2 Maintals Verantwortung für Klima, Umwelt und Ressourcen

Wir stehen für eine nachhaltige Entwicklung unserer Stadt. Die Naherholungsmöglichkeiten und Grünflächen innerhalb der Wohngebiete in allen Stadtteilen wollen wir erhalten und gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern weiterentwickeln und attraktiver gestalten. Wir wollen wirtschaftlich und schonend mit den natürlichen Ressourcen umgehen. Das Klimaschutzkonzept wollen wir durch wirksame Maßnahmen konkretisieren und fokussieren. Wir wollen die Reduktion von

klimaschädlichen Treibhausgasen vorantreiben und hierfür gemeinsam mit den Klimaschutzexpert:innen der Stadt mit einem eigens hierfür eingerichteten Ausschuss die notwendigen Grundlagen erarbeiten und mit dafür relevanten Themenbereichen (z.B. Energieversorgung) verknüpfen. Zur Klimapolitik gehören aus unserer Sicht neben den Maßnahmen zum Klimaschutz auch vorsorgende Maßnahmen zur Bewältigung der Folgen des Klimawandels.

Klimapolitik

Kommunen spielen eine wichtige Rolle für nachhaltige Entwicklung und Klimapolitik. Vor allem die Vorsorgemaßnahmen gegen die Folgen des Klimawandels sind häufig regional zu bewältigende Aufgaben (i.F. „Klimaanpassung“). Die Begrenzung des menschengemachten Klimawandels ist eine Menschheitsaufgabe in diesem Jahrhundert. Sie erfordert vor allem die Reduktion von Treibhausgas-Emissionen und die Schaffung von Senken, um die Klimaerwärmung abzumildern (i.F. „Klimaschutz“).

Für diese globale Aufgabe müssen Länder, Bund und EU ihre Verantwortung übernehmen und die Arbeit vor Ort mit entsprechenden Rahmenseetzungen, insbesondere Preisen für Treibhausgase, und ggf. Finanzmitteln unterstützen. Aber auch wir wollen unseren Beitrag zu der globalen Herausforderung des Klimaschutzes leisten und setzen uns für realistische und finanzierbare Klimaschutzmaßnahmen ein.

Bei allen klimabezogenen Maßnahmen werden wir daher schon in der Planungsphase den monetären Aufwand und den ökologischen Nutzen in ein quantitatives Verhältnis setzen (€/ g CO₂). Dabei werden absehbar steigende Preise auf klimaschädliche Emissionen zugrunde gelegt. Dies ist als zentrales Konzept im Rahmen des Klima-Controllings zu entwickeln, um künftig möglichst effizient und wirksam Klimaschutz betreiben zu können. So wird gewährleistet, dass wirklich die Klimaschutzwirkung (z.B. CO₂-Reduktion) im Zentrum steht und die Mittel dafür effizient eingesetzt werden. Fördergelder des Landes, des Bundes und Europa, für kommunale Klimaschutzprojekte werden vorrangig beantragt.

Zur Klimapolitik gehört insbesondere der Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern, den Landwirten und den Unternehmen. Klimaschutz und Klimaanpassung können nur mit den Menschen und nicht gegen sie umgesetzt werden. Wir werden die Voraussetzungen dafür schaffen, dass Bürgerinnen und Bürger umfassend und sachorientiert über den Zusammenhang zwischen Klimazielen, konkreten Klimaschutzmaßnahmen und Klimaanpassungsmaßnahmen in unserer Stadt informiert werden.

Effektive Klimapolitik ist ein Querschnittsthema und braucht daher vernetzte Konzepte. Hierzu gehört beispielsweise der Bereich Mobilität, der landesweit effizient und nachhaltig zu gestalten ist. Der Ausbau der Nordmainischen S-Bahn und der Schnellradweg Hanau - Maintal - Frankfurt hat für Maintal eine besondere Bedeutung. Die zuständigen Behörden und politische Ebenen werden wir kontinuierlich auffordern, dass mit höchster Priorität diese Vorhaben endlich umgesetzt werden.

Energiepolitik

Unser energiepolitisches Ziel ist Versorgungssicherheit unter Einbeziehung heimischer Ressourcen, Wirtschaftlichkeit und Klimaverträglichkeit. Der Anteil regenerativer Energieträger soll bei der MWG im Angebotsportfolio in den nächsten Jahren weiter deutlich erhöht und bei den Kunden beworben werden. Die Herausforderung der nächsten Jahre ist ganz besonders die Speicherung von Energie und die effiziente Verteilung über die Netze. Hier werden wir die Planungen für die Netz-Infrastruktur in Maintal vornehmen.

Umweltpolitik

Das Gleichgewicht im Naturhaushalt wollen wir durch die Planungen und Maßnahmen der Stadt sichern oder wiederherstellen. Zu Maintals Stärken gehört der Naherholungsraum rund um unsere Stadtteile. Diese Stärke wollen wir weiter ausbauen. Besonders die Main-Achse von Dörnigheim bis Bischofsheim wollen wir aufwerten. Die Mainauen sollen als Naherholungsgebiet entwickelt und aufgewertet werden. Die Grüne Mitte wollen wir als Naturraum zu erhalten und weiterentwickeln.

Ebenso werden wir die in Maintal in besonderer Weise prägenden Streuobstwiesen in der Gemarkung unter verstärktem Engagement der Stadt bei der Pflege zu erhalten und weiterentwickeln.

Nachfolgende Maßnahmen werden wir in dieser Wahlperiode umsetzen, bzw. die Voraussetzungen hierfür schaffen:

2.1 Klimaschutz, Klimaförderungsprogramm, Klimaanpassung

- Wir werden das aktualisierte Klimaschutzprogramm durch umsetzbare und finanzierbare Maßnahmen konkretisieren. Es sollen Maßnahmen erarbeitet werden, die im Verhältnis zum Finanzaufwand möglichst hohe und direkte Wirkung (CO₂-Senkung) haben.
- Wir streben im stadteigenen Bereich Klimaneutralität bis 2030 an. Das betrifft insbesondere die Bereiche Neubau, wesentliche Sanierungen und Austausch des Fuhrparks. Dabei wird die Logik des Klimacontrollings (€ / g CO₂) zugrunde gelegt. Ein entsprechendes Konzept mit konkreten Maßnahmen wird bis April 2022 erarbeitet. Ein Zwischenbericht erfolgt im September 2021 im zuständigen Ausschuss. Die Klimaschutzförderrichtlinie soll analog überarbeitet werden.
- Wir wollen bei der Stadtplanung klimarelevante Belange integrieren. In einem Handlungskonzept wollen wir Kriterien und Anreize festlegen. So sollen zum Beispiel Neubauten solaroptimiert ausgerichtet werden. Dies ermöglicht sowohl eine direkte Sonneneinstrahlung in die Gebäude als auch die Nutzung von Solaranlagen auf den Dächern. Bei Bauvorhaben bietet die Stadt zukünftig eine unentgeltliche Bauberatung hinsichtlich Klimarelevanz an.
- Wir fordern für alle Vorhaben im städtischen Einflussbereich die Vorlage einer Alternativplanung, die mindestens 15 Prozent über den Vorgaben der derzeitigen Energieeinsparverordnung liegt. Im Wohnbereich wird dies unter der Bedingung eines entsprechenden kommunalen Förderprogramms oder alternativer Förderprogramme ebenfalls gefordert.
- Wir wollen die vielen Klimaaktivitäten, die verwaltungsintern und außerhalb der öffentlichen Wahrnehmung stattfinden in der öffentlichen Wahrnehmung verankern. Wir werden einen Klima-Aktionstag einführen, der stadtweit mit unterschiedlichen Aktionen die vielfältigen Facetten der Klimapolitik vermittelt und aufzeigt, wie Klimaschutz und Klimaanpassung in der Praxis funktionieren kann.
- Wir wollen, dass Bildungsinhalte zur Nachhaltigkeit bereits in Kindergärten und Schulen vermittelt werden. Für uns gehören Klimainformationen auch in die Bildungsarbeit. Mit Unterstützung der Klimaschutzexperten der Stadt sollen entsprechende Angebote in Projektstage eingebracht werden. Über die entsprechende Konzeption wird im zuständigen Ausschuss berichtet.
- Wir wollen Straßenbeläge möglichst hell gestalten, um die zusätzliche Wärmeaufnahme im Sommer zu reduzieren.
- Wir wollen regionale Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel frühzeitig entwickeln und umsetzen. Wir wollen, dass die Folgen, die der Klimawandel für Maintal haben wird, bereits jetzt benannt werden und bereits heute geeignete Maßnahmen ergriffen werden, wie mit diesen umzugehen ist. Hierzu gehört:
- Wir wollen, dass das Maintaler Baum-Programm umgehend umgesetzt wird. Bäume sollen dort gepflanzt werden, wo es geht und sinnvoll ist.
- Wir wollen, dass sichergestellt wird, dass die Aufforstung der Waldbestände nur mit hinreichend widerstandsfähigen Baumarten erfolgt.
- Wir wollen, dass für Bäume, die gefällt werden müssen, Nachpflanzungen nicht nur an der ursprünglichen Stelle möglich sein sollen, sondern im ganzen Stadtgebiet.
- Wir wollen, dass die Stadt sich bereits jetzt auf eine Zunahme von extremen Wetterereignissen sowie Phänomene wie Starkregen oder Trockenperioden in kürzeren Abständen einstellt. Bei der Entwässerungsplanung für Neubaugebiete oder bei der Sanierung bestehender Anlagen sind steigende Niederschlagsmengen frühzeitig zu berücksichtigen. Grünflächen im Stadtgebiet sind so auszugestalten, dass sie als zusätzliches Auffangreservoir bei Starkregen dienen.

- Wir wollen, dass im Rahmen der kommunalen Möglichkeiten bei den Klimaanpassungsmaßnahmen neue Konzepte der Wasserbewirtschaftung erarbeitet werden (z.B. neue Modelle des Auffangens und der Speicherung von Niederschlagswasser).

2.2 Energie, Maintalwerke

- Wir wollen einen Energieeinspar-Bonus im Strombereich nach Münchner Vorbild prüfen. (<https://coolcity.de/stromsparen>).
- Wir setzen uns für Solarenergie auf kommunalen und privaten Hausdächern ein und fördern diese durch Beratungsleistungen und vertragliche Angebote mit der MWG.
- Wir wollen, dass die Stadt prüft, ob Flächen für die Ausweitung erneuerbarer Energien (vor allem Sonne, Wind) unabhängig von Fördergeldern in der Gemeinde bereitgestellt werden können.
- Wir setzen uns dafür ein, die Energieeinsparpotentiale bei der Verbesserung der Energieeffizienz öffentlicher Gebäude und der Modernisierung des öffentlichen Fuhrparks auszuschöpfen. Die Stadt soll die Möglichkeiten effizienter Energieeinsparung, insbesondere bei der Erneuerung der Heizungsanlagen, konsequent nutzen. Ökologischer Energiekonzepte für alle öffentlichen Gebäude werden erstellt. Auch hier gilt die Logik des Klima-Controllings.
- Wir wollen ermöglichen, dass Photovoltaikanlagen im Rahmen der Denkmalschutzvorschriften auch im besonders geschützten Innenstadtbereich in Hochstadt und Wachenbuchen möglich sein können.
- Wir setzen uns dafür ein, dass Maintal im Hinblick auf die Wasser-, Gas- und Stromversorgung eigenständig handeln kann. Deshalb streben wir die Übernahme des Maintaler Stromnetzes durch die MWG an, sofern dies wirtschaftlich sinnvoll ist.

2.3 Umwelt und Umweltschutz, Sauberkeit und Landwirtschaft

- Wir verfolgen das Ziel eines integrativen Naturschutzes, der nicht nur nachsorgend unsere natürliche Umwelt schützt, sondern präventiv und in dialogorientierter Zusammenarbeit mit den Bürgern und Bürgerinnen unsere Natur- und Kulturlandschaft erhält
- Wir werden unsere Wälder, die Grüne Mitte und die Streuobstwiesen erhalten und aufwerten (z.B. durch Erklärtafeln).
- Wir forcieren die Erarbeitung eines neuen Konzeptes zur Unterwuchspflege der Streuobstwiesen gemeinsam mit AK Streuobst Maintal und Landschaftspflegeverband MKK (z.B. Gerätschaften für die Mahd und den Abtransport des Schnittgutes durch Betriebshof; Stadt schließt entsprechenden Vertrag mit privaten Unternehmer). Entsprechende Aus- und Fortbildungsmaßnahmen werden für Mitarbeiter:innen der Stadt und des Betriebshofs in Anspruch genommen.
- Wir wollen die Bepflanzung von Seitenstreifen und ähnlichem wieder vorantreiben und fördern. Wir setzen uns für mehr Grünschneisen, Grünstreifen und Bäume, sowie die Erhaltung bestehender Grünanlagen und Parks im Stadtgebiet ein. Das Projekt „Essbare Stadt“ wird ausgebaut.
- Wir unterstützen Maßnahmen, welche die heimische Insektenvielfalt schützen.
- Wir unterstützen die Fassaden- oder Dachbepflanzung von Gebäuden und wollen dies für städtische Gebäude - wo möglich - sukzessive durchführen. Bepflanzung jeder Form ist ein wichtiger Beitrag zum Klimaschutz/ zur Klimaanpassung, auch wenn es sich um kleine Flächen handelt. Ebenso sollen an den Dächern der Gebäude Brutmöglichkeiten für Mauersegler, Schwalben, Fledermäuse und andere Gebäudebrüter installiert werden.
- Wir werden öffentliche Grünflächen, Bodendenkmäler, Trocken- und Feuchtbiotope, kartierte geschützte Arten in Flora und Fauna und die Vielfalt der Arten als Teil der Bauleitplanung berücksichtigen. Dies gilt bei der Durchlässigkeit von Bebauungsplänen für Kleintiere, bei Nistmöglichkeiten für Vögel und bei der Gestaltung des Verhältnisses zwischen versiegelter Fläche und Grünflächen. Hier wollen wir als Stadt Vorbild zu sein, und die Bürgerinnen und Bürger beraten, damit nicht nur Bienen gerettet werden, sondern die ganze Vielfalt heimischer Tiere und Pflanzen.

- Wir wollen in Ergänzung des Programms „Ein Baum für jeden Bürger“ ein Programm „Patenschaften für Bäume“ installieren: Bürgerinnen und Bürger oder Gruppen übernehmen dabei z.B. Wässerung und Pflege von Bäumen oder Feldholzinseln. Dafür sollen geeignete Anreize gesetzt werden. Für uns gehört zur Baumpflanzung die Pflege dazu.
- Wir wollen Tier-Rückzugsgebiete z.B. Feldholzinseln für Igel und Co. schaffen.
- Wir wollen das Müllbehälterangebot (einschl. Leerung) so optimieren und ggf. ausweiten, dass ordnungsgemäße Entsorgung möglich und zumutbar ist. Ebenso wollen wir mehr geschlossene Müllbehälter (für Hundekotbeutel) und Hundekotbeutel-Stationen errichten und eine gezielte Entsorgung gewährleisten.
- Wir werden das Projekt Saubere Stadt gemeinsam mit den zuständigen Fachdiensten weiterentwickeln.
- Wir wollen in enger Abstimmung mit landwirtschaftlichen Familienbetrieben und regionalen Erzeugern Aktivitäten gemeinsamer Vermarktung fördern, z.B. Zugang zu vorhandenen Plattformen wie „Maintal Leben / Gutes aus Hessen / MKK Lädchen“, durch die Ermunterung zur Bereitstellung von Flächen für Hof-Automaten, Kartoffelkisten usw. Denn Essen kaufen, das in der Region gewachsen oder aufgewachsen ist und produziert wurde, ist auch ein Beitrag zum Klimaschutz.
- Wir wollen dafür sorgen, dass der Ausbau von Hofläden unterstützt wird. Dies betrifft z.B. Bebauungspläne, Baugenehmigungen, verkehrsrechtliche Erlaubnisse, Flächen an Bürger zur Selbstbewirtschaftung, Cafés/„Sommerfrischen“, Selbstschneiden von Blumen, Pflücken von Erdbeeren usw.

3 Maintal als lebenswerte Stadt aufwerten

Unsere Idee für Maintal ist die einer liebens- und lebenswerten Stadt. Grünflächen, die Streuobstwiesen, die Seen, der Main und die weiteren Bachläufe im Stadtgebiet dienen dabei nicht nur als öffentliche Aufenthalts- oder Begegnungsräume. Die heutige Stadtentwicklung muss zunehmend aus Gründen des Klimaschutzes ökologische Gesichtspunkte und Optimierungen berücksichtigen.

Maintal wird angesichts des sich abzeichnenden Ausscheidens Hanau aus dem Main-Kinzig-Kreis in Zukunft die größte Stadt im Kreis sein. Umso wichtiger ist es, unsere Stellung und Ansprüche deutlich zu artikulieren.

Aufgrund der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklungen im Rhein-Main-Gebiet werden wir auch in Maintal Wohnraum in allen Segmenten von preiswertem Sozialwohnungsbau bis hochwertigen Einfamilienhausbau schaffen müssen. Die Herausforderungen des Wohnungsbaus werden wir nur in der Region mit allen Partnern gemeinsam auf Augenhöhe lösen können. Wir wenden uns gegen Versuche, durch eine übergreifende Planung des Landes oder des Regionalverbandes, beispielsweise im Rahmen des großen Frankfurter Bogens, die Planungshoheit der Stadt auszuhebeln.

Unsere Basis für die Stadtentwicklung der Stadt Maintal ist das beschlossene Integrierte Stadtentwicklungskonzept (ISEK).

Wir werden den Beschluss der Stadtverordnetenversammlung zur Planung für das Gebiet „Maintal Mitte“ über eine Stadtentwicklungsmaßnahme nach BauGB umsetzen. Weitere Planungen für dieses Areal werden wir deshalb einstellen. Städtische Baugebiete wollen wir grundsätzlich durch Konzeptvergaben entwickeln. Die Baugebiete werden wir nach den Kriterien 30 Prozent geförderter Wohnungsbau (2/3 erster Förderweg, 1/3 zweiter Förderweg), 20 Prozent genossenschaftlicher oder gemeinsamer Geschosswohnungsbau, 40 Prozent Eigenheim ohne Investoren mit einer Grundstücksvergabe nach dem Maintaler Wohnraumförderkonzept durch die MIG für städtische Grundstücke, 10 Prozent für öffentlichen Raum strukturieren. Für die Entwicklung von (größeren)

privaten Grundstücken werden wir städtebauliche Verträge abschließen, die sich an diesen Rahmenbedingungen orientieren. Den öffentlichen Raum wollen wir für die Bürgerinnen und Bürger gestalterisch aufwerten.

Beschlossene Bauprojekte und anstehende Entscheidungen im Bereich des individuellen Bauens werden wir im Rahmen dieser Vereinbarung bewerten und eine gemeinsame Position erarbeiten.

Wir streben eine schnelle Realisierung des modernen und umweltfreundlichen Neubaus des Maintalbades basierend auf den bestehenden Beschlüssen. Der Baubeginn soll innerhalb der nächsten 18 Monate erfolgen. Die Projektsteuerung von Konzeptionierung bis Bauablauf und Fertigstellung erfolgt umgehend durch ein externes Fachunternehmen. Wir werden den Magistrat auffordern, bis spätestens Juli 2021 einen Bericht zur Realisierung des Neubaus unter oben aufgeführten Rahmenbedingungen vorzulegen.

Wir sprechen uns für eine integrative Gesamtplanung für das Quartier rund um das Bürgerhaus Bischofsheim aus. Hierfür soll ein städtebauliches Gesamtkonzept unter Berücksichtigung möglicher Flächen (Areal Bürgerhaus, Grundstück der Kirche, Stadtteilzentrum, REWE-Markt und alle umliegenden Parkflächen) sowie des Bedarfs an Nahversorgung, Verkehrsanbindung und Mobilität, Kulturangebote, öffentlicher Raum und Anwohnerparken bis September 2021 erstellt werden. Bis zur Vorlage der Gesamtkonzeption werden die Planungen des Neubaus des Bürgerhauses Bischofsheim ausgesetzt. Das weitere Vorgehen erfolgt im Rahmen einer Konzeptplanung für das gesamte Areal und kann auch die Integration des bestehenden Gebäudes des Bürgerhauses sowie ggf. zusätzliche Räumlichkeiten für die städtische Verwaltung beinhalten.

Eine zeitgemäße Infrastruktur umfasst eine sichere, saubere und bezahlbare Energieversorgung, eine gute medizinische Grundversorgung, eine Trinkwasserversorgung in kommunaler Hand, einen attraktiven öffentlichen Personennahverkehr und schnelles Internet durch Breitbandnetze. Zur Erhaltung und den weiteren zukunftsfähigen Ausbau der städtischen Infrastruktur sind in konzentrierter Form die öffentlichen Finanzmittel einzusetzen. Dazu gehört die Beseitigung von Straßenschäden genauso wie die Instandhaltung der kommunalen Einrichtungen.

Für die kommende Amtszeit verfolgen die Kooperationspartner folgende Schwerpunkte in ihrer Arbeit:

3.1 Wohnungsbau und Wohnungsförderung

- Wir wollen das beschlossene Wohnraumförderungskonzept umgehend EU-Rechtskonform überarbeiten und zur Anwendung bringen. Dadurch wollen wir auch mehr frei finanzierten und bezahlbare Wohnungen in Maintal schaffen.
- Wir wollen einen gesunden Mix aus sozialem Wohnungsbau, Mehr- und Einfamilienhäusern, Wohnungen für Senioren und Alleinerziehende.
- Wir setzen auf Baukonzepte, die dazu beitragen, dass die Gebäude im Hinblick auf den Naturschutz und der Freisetzung von klimaschädlichen Emissionen effizient sind im Sinne einer Ressourcenschonung. Ein sorgsamer Umgang mit Grundflächen und die Beachtung klimaschützender Vorgaben werden hierbei zukünftig unerlässlich sein.
- Wir wollen die Veränderungen in der Arbeitswelt durch die Zunahme der Homeoffice-Tätigkeiten auf das Wohnen, die Mobilität und die städtische Infrastruktur künftig noch stärker in die Planungen einfließen lassen.
- Wir wollen die bestehende Stellplatzsatzung als Instrument zur Sicherung von ausreichend Flächen für den ruhenden Verkehr für PKWs von satzungsfremden Vorgaben befreien.
- Wir wollen, dass der Zweckentfremdung von Wohnraum entgegengetreten wird.
- Wir wollen leerstehende Wohnungen und Häuser dem Wohnungsmarkt wieder zuführen.
- Wir wollen, dass bei Neubauten das Regenwasser im Sinne einer vor Ort Versickerung verpflichtet genutzt wird. Auch Eigentümer von Bestandsbauten sollen zur Regenwassernutzung motiviert werden (Zuschüsse/Förderung).

3.2 Bauen und Stadtentwicklung

- Wir wollen neue und bisherige Stadtentwicklungskonzepte im Rahmen des ISEK weiterentwickeln und dafür die notwendigen langfristigen Flächenbevorratungen schaffen. Die neuen Wohngebiete müssen sich in die bestehende Bebauung integrieren. Wir wollen künftig die Entwicklungsflächen in der Stadt durch Konzeptvergabe entwickeln und gestalten.
- Wir werden alle städtebaulichen Entwicklungen in der Stadt an den Vorgaben des Stadtentwicklungsplans messen und beurteilen. Insbesondere halten wir an der Vorgabe fest, im Grundsatz keine Bauten mit mehr als vier Vollgeschossen zu genehmigen, soweit hierzu noch keine Entwicklungsbeschlüsse gefasst wurden.
- Wir halten das Schließen von Baulücken, Aufstockungen und Hinterliegerbebauungen in den innerörtlichen Kernen für sinnvoll. Damit soll auch ein Beitrag zur Vermeidung weiterer Flächenversiegelungen geleistet werden.
- Wir wollen zur Entzerrung der Bauaktivitäten die Perspektivfläche an der Kesselstädterstraße beitragen, in dem die Areale am Ortseingang (Real-Gelände, Opeleck, Dreieck Kesselstädter Weg) schrittweise bebaut werden.
- Wir wollen ein modernes Bürgerhaus in Bischofsheim als Treffpunkt für Vereine und alle Maintalerinnen und Maintaler. Das Bürgerhaus soll auch für Konzertveranstaltungen mit bis zu 600 Besuchern nutzbar sein.
- Wir wollen, dass das Areal um das Bürgerhaus in Bischofsheim als Stadteilzentrum wahrgenommen wird. Hierzu gehört auch eine Gastronomie die Veranstaltungen im Bürgerhaus mit bewirtschaftet. Diese Gastronomie soll auch einen Außenbereich (Biergarten) haben.
- Wir werden die Erweiterung der Gewerbegebiete in Bischofsheim vorantreiben.
- Wir wollen die Stadteilzentren in Dörnigheim und Bischofsheim aufwerten. Unser Ziel: Es soll noch mehr Freude machen, sich in Maintal im Ort aufzuhalten. Man soll in Maintal gut einkaufen und leben können.
- Wir wollen, dass die bestehenden Kleingartenanlagen nicht durch Baulandflächen überplant werden.
- Wir wollen einen Leitfaden mit Kriterien für Bauvorhaben nach §34 BauGB implementieren, dass zu einer höheren Transparenz und Planungssicherheit für Bauantragsteller führt.
- Wir wollen Landwirtschaft und Stadtentwicklung in Einklang.

3.3 Regionalplanung und Flächennutzung

- Wir wollen die Rolle Maintals als Mittelzentrum mit Leben füllen und für die angrenzenden Gemeinden wichtige Aufgaben wahrnehmen. Wir wollen den Status langfristig sichern.
- Wir wollen die Potentiale einer gesamthaften Entwicklung des Mainufers auf dem Stadtgebiet als regionaler Naherholungsraum prüfen lassen. Wir werden dazu ein einheitliches Konzept entwickeln, welches Renaturierung, Aufwertung und Erlebbarkeit des Mainufers widerspruchsfrei vereint.
- Wir wollen das Mainufer durch ein Freizeitzentrum für alle Bürger aufwerten. Zudem halten wir an der Nutzung der Mainkulturfläche für die Zeit von Frühjahr bis Herbst fest.
- Wir unterstützen die Erstellung eines neuen gesamthaften Entwicklungsplans für den Kreis. Bei allen Entwicklungen in der Region ist es die Aufgabe der Maintaler Gremien, darauf zu achten, dass die Interessen der Bürger und Bürgerinnen gewahrt werden und es zu einem fairen Interessensausgleich zwischen den Gemeinden sowie mit dem Kreis kommt.

3.4 Städtische Infrastruktur

- Wir werden bei der Entwicklung von städtischen Quartieren einen größeren Wert auf die Gestaltung der Plätze und öffentlichen Räume legen, damit diese zum Verweilen einladen.
- Wir wollen generell mehr Grünflächen und eine Verschönerung der Stadt, insbesondere der Stadteilzentren.

- Wir werden den Bau des Bürger- und Dienstleistungszentrums am Bahnhof Maintal-Ost zeitnah realisieren.
- Wir wollen die Sanierung der städtischen Infrastruktur durch ein modernes Vergabemanagement beschleunigen.
- Wir wollen, dass beim Straßenbau und der Straßensanierung keine Mehrfachbaustellen entstehen.
- Wir wollen zudem die Stadt in der Pflicht nehmen, durch ein aktives Baustellenmanagement beim Straßenbau zusätzliche Staus zu vermeiden.
- Wir werden an einem geeigneten Ort, z.B. am Mainufer, die Einrichtung eines Spielplatzes mit Wasserspielen für Familien, der zum Verweilen einlädt, prüfen.

4 Maintal zur Smart City entwickeln, digital, mobil und sicher

Angesichts des gestiegenen Mobilitätsbedürfnisses der Bürgerinnen und Bürger bekennen wir uns zu einer pragmatischen Mobilitäts- und Verkehrspolitik ohne ideologische Schranken. Wir erkennen dabei die individuellen Bedürfnisse aller Verkehrsteilnehmer an und möchten diese in vernünftigen Ausgleich bringen. Alle Verkehrsteilnehmer:innen sind gleichberechtigt. Dem Sicherheitsbedürfnis von Fußgänger:innen und Fahrradfahrer:innen wollen wir gerecht werden. Der innerstädtischen ÖPNV und die Anbindung an die Nachbarkommunen werden wir weiterentwickeln. Die interkommunale Zusammenarbeit des SVM mit anderen Verkehrsbetrieben werden wir prüfen.

Wir wollen Maintal Schritt für Schritt zu einer "Smart City" entwickeln. "Smart City" ist für uns ein strategisch angelegter und fortlaufender Prozess mit dem Ziel, innovative, effiziente und vernetzte Systeme für das Zusammenleben in unserem urbanen Umfeld zu nutzen. Dies bezieht sich auf Mobilität, Energie, Umweltschutz, Kommunikation, Ver- und Entsorgung, Verwaltung sowie Kultur- und Freizeit, als auch assistiertes Leben (für Menschen mit temporären oder langfristigen Einschränkungen).

Intelligente Infrastrukturen sollen Einzug finden in Maßnahmen, die unsere Stadt zur Verbesserung der Lebensqualität in den kommenden Jahren umsetzen kann. Es beinhaltet neben Sensorik für den Straßenverkehr, Straßenlampen, Wasser- und Energieversorgung, auch intelligente Dienstleistungen und Angebote. Das Gesamtkonzept soll die Beziehungen zwischen Bürgern, Verwaltung und Wirtschaft verbessern und wichtige Voraussetzungen zum schonenden Einsatz von Ressourcen schaffen. Es ist uns bewusst, dass die Umsetzung einen längeren Zeitraum als diese Legislaturperiode umfasst. Allerdings ist es uns sehr wichtig, dass wir bereits bei kurzfristig anstehenden Investitionen das Ziel einer "Smart City Maintal" berücksichtigen.

Für die kommende Amtszeit verfolgen die Kooperationspartner folgende Schwerpunkte in ihrer Arbeit:

4.1 Mobilität

- Wir unterstützen neue Mobilitätskonzepte. Neben der kontinuierlichen Umrüstung des städtischen Fuhrparks wollen wir weiterführende Mobilitätskonzepte für die Bürgerinnen und Bürger und die heimische Wirtschaft entwickeln und anbieten. Als Pilotprojekt werden wir bei Interesse auf den Verzicht der Nutzung des privaten PKW ein Carsharingangebot mit Elektrofahrzeugen anbieten. Neben den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung sollen auch Bürgerinnen und Bürger sowie ansässige Betriebe Elektrofahrzeuge der Kommune nutzen können. Soweit das Pilotprojekt positiv ausfällt, wird ein dauerhaftes Betreiberkonzept konzipiert. Dies kann auch die Einbindung von E-Lastenfahrrädern beinhalten.
- Wir wollen, dass unsere Stadtteile weiterhin mit dem PKW erreichbar bleiben. Dabei soll der Verkehr gleichmäßiger fließen können, der stadtauswärts abfließende Verkehr soll Vorrang bekommen.

- Wir werden an den beiden Maintaler Bahnhöfen die Voraussetzungen schaffen, einen schnellen Wechsel zwischen dem Schienenverkehr, den städtischen Bussen, Mieträdern/eBikes, Miet-KFZ, und den Individual-PKW zu ermöglichen. Dies werden wir bei der Planung dieser Areale berücksichtigen, auch durch die Schaffung ausreichender Kapazitäten für kostenlose P&R-Stellplätze. Dabei werden wir die Anforderungen an CO₂-arme Fahrzeuge berücksichtigen, beispielsweise in Form von E-Ladestationen oder Wasserstoff-Tankstellen. Digitalisierung kann hier sinnvoll eingesetzt werden.
- Wir wollen Anreize für die Nutzung des ÖPNV schaffen. Hierzu gehört neben den Ausbau der Anbindung und der Erhöhung der Taklung die Senkung der ÖPNV-Fahrpreise. Als ersten Schritt werden wir ein 365 Euro Ticket für die Angebote der SVM einführen. Mit der VGF und dem HSB werden wir Gespräche für eine gemeinsame Senkung der Fahrpreise führen und mit einer abgestimmte Position Verhandlungen mit dem RMV aufnehmen.
- Wir werden bei der Neugestaltung von Straßen im Rahmen von Sanierungen und Neubauten darauf achten, dass die verschiedenen Verkehrsformen vom Fußgänger über den Fahrradfahrer, den Bussen bis hin zu den PKWs gleichberechtigt den Verkehrsraum nutzen können.
- Wir wollen, wo dies verkehrstechnisch und rechtlich möglich und sinnvoll ist, mittels Kreisverkehrs komplizierte Ampellösungen im Stadtgebiet ablösen. Der Magistrat soll tätig werden, sobald die zeitliche Bindung an die Fördergelder für Ampelanlagen ausgelaufen ist.
- Wir werden bei der Planung darauf achten, dass Neubaugebiete sinnvoll an das bestehende Straßen- und Busnetz angeschlossen werden, um Verkehrsstauungen zu vermeiden und die Nutzung des ÖPNV zu fördern. Wir werden bei der Planung von Wohngebieten ausreichende Park- und Abstellmöglichkeiten für die Bewohner:innen einrichten. Dies umfasst sowohl Auto als auch Fahrradstellplätze sowie Plätze für Motor- und Lastenräder.
- Wir werden unseren Beitrag dazu leisten, dass der Schnellradweg von Hanau nach Frankfurt als zusätzliches attraktives Angebot für Pendler zügig realisiert werden kann.
- Wir werden öffentliche Parkräume so gestalten, dass eine zweckfremde Dauernutzung (z.B. durch Fremd- und Urlaubsparker) vermieden wird. Wir werden ein für die Bürgerinnen und Bürger und Unternehmen optimiertes Parkraumnutzungskonzept erarbeiten.
- Wir werden Vorkehrungen dafür treffen, dass die Instandhaltung und der Ausbau von Fahrradwegen im Rahmen eines sinnvollen Radverkehrskonzepts innerhalb und außerhalb der Stadt intensiviert wird. Hierbei gilt es, die Sicherheit der Radfahrer zu gewährleisten, einschließlich der Prüfung von Ampelschaltungen, die auch auf Radfahrer Rücksicht nehmen.
- Wir wollen die zügige Umsetzung des Bauvorhabens Nordmainische S-Bahn. Wir werden uns dafür einsetzen, dass im Rahmen der Neugestaltung des Bahnhofs Maintal Ost ein Fahrradtunnel errichtet wird. Wir wollen den Radverkehrs durch mehr Fahrradboxen an den Bahnhöfen fördern. – Eine Digitalisierung in Bezug auf Verfügbarkeit und Nutzungsverhalten kann sinnvoll sein.
- Wir wollen eine schnelle Anbindung an Frankfurt, den Flughafen und Hanau und einen ökologisch sinnvollen bedarfsgerechten öffentlichen Personennahverkehr.
- Wir wollen verkehrsberuhigte Zonen schaffen durch ausgewiesene Anwohnerstraßen. Wir wollen die stärkere Überwachung des Verkehrs und Raser und Falschparker konsequent verfolgen.
- Wir wollen den Menschen den Straßenraum im Sinne einer effizienten, gesundheits-, klima- und ressourcenschonenden Stadtplanung zurückgeben. Fuß- und Radverkehr wollen wir weiter fördern und entwickeln, damit im Bereich der Nahmobilität der Anteil des motorisierten Individualverkehrs mehr und mehr verringert werden kann.
- Wir wollen die Barrierefreiheit im öffentlichen Raum sicherstellen.

4.2 Nahverkehr und Stadtverkehr

- Wir werden das Busnetz in Maintal durch eine geschickte Kombination von innerörtlichen Kurzstreckennetzen und zwischen- und überörtlichen Schnellverbindungen bei den Fahrtzeiten

konkurrenzfähig zum Individualverkehr ausbauen. Ebenso werden wir die Andienzeiten in den Tagesrand- und Wochenendzeiten ausdehnen.

- Wir sehen in der SVM die Garantin für einen bedarfsorientierten ÖPNV in der Stadt. Diese Rolle soll sie beibehalten und keine Konzessionen außerhalb der Stadt übernehmen. Die Busflotte der SVM wollen wir modernisieren. Im Rahmen der Modernisierung befürworten wir eine technologieoffene Prüfung aller möglichen Antriebsformen, orientiert an den Bedürfnissen des Maintaler Stadtverkehrs.
- Wir werden eine interkommunale Zusammenarbeit des Maintaler Stadtverkehrs mit dem Hanauer Stadtverkehr prüfen.
- Wir wollen prüfen, ob sich alternative Formen des ÖPNV, wie der Familienbus in Erlensee, oder vollautonome Kleinstbusse in Maintal implementieren lassen.
- Wir wollen die Fahrpreise im Stadtverkehr Maintal stufenweise deutlich senken.
- Wir wollen Lade- und Parkzonen für den Lieferverkehr durch den Online-Handel.

4.3 Digitalisierung, Smart City

- Bei zukünftigen Bauvorhaben immer das Thema der Digitalität mit einbeziehen. Beispiel: W-LAN fähige Laterne, feinstaubmessende Laterne, Laterne, deren Licht abgeschwächt leuchtet, wenn keiner in der Nähe ist, E-Ladestationen an den Laternen sind zu prüfen.
- Wir wollen, dass Maintal eine Smart City wird. Wir werden den Magistrat beauftragen, einen Masterplan Smart City bis September 2022 zu entwickeln, der die verschiedenen Möglichkeiten aus der Digitalisierung nutzt. Die im Haushalt 2021 beschlossenen Stellen werden hierzu verwendet.
- Wir werden alle Dienstleistungen, die die Stadt Maintal anbietet und die keine höchstpersönliche Anwesenheit erfordern, bis zum Jahr 2022 vollständig auch digital verfügbar machen.
- Wir werden dem Bedarf der Bürger und Bürgerinnen an mobilen Netzverbindungen durch eine geeignete Ausbaustrategie bedienen. Wir wollen den freien Internetzugang, via W-LAN in öffentlichen Gebäuden und Verkehrsmitteln weiter ausbauen.
- Wir wollen, dass allen Arbeitnehmer:innen der Stadt, deren Arbeit nicht zwingend die persönliche Anwesenheit erfordert, ganz oder teilweise im Home-Office arbeiten können.
- Wir prüfen, wie über Desk-Sharing und ähnliche Maßnahmen die Zahl der tatsächlich benötigten Arbeitsplätze im Rathaus reduziert werden kann.
- Wir setzen uns für die Verfügbarkeit von schnellen Internetverbindungen der neusten Generation in ganz Maintal ein.
- Wir wollen die Möglichkeiten für Neuansiedlungen schaffen, die auch dezentrales Arbeiten / Homeoffice ermöglichen.
- Wir wollen mit unterstützenden digitalen Plattformen unser Ziel „Regional Wohnen – regional Einkaufen – regional arbeiten“ erreichen.
- Wir wollen ärztliche und medizinische Versorgung vor Ort erhalten und ausbauen sowie eine digitale Betreuung und Versorgung unterstützen.
- Wir wollen landwirtschaftliche Familienbetriebe beim Aufbau von Smart Farming Strukturen fördern.

4.4 Sicherheit

- Wir wollen dafür Sorge tragen, dass die Rahmenbedingungen für die freiwilligen Feuerwehren und den Katastrophenschutz in Maintal so gestaltet werden, dass sie die Grundlage für einen möglichst gefahrlosen Einsatz darstellen. Dazu gehört auch der kontinuierliche Austausch der Einsatzgeräte gemäß dem Feuerwehrbedarfsplan.
- Wir wollen bei den Feuerwachen prüfen, welche Instandhaltungsmaßnahmen in den kommenden Jahren umzusetzen sind.

- Wir wollen, dass künftige Katastrophen und Pandemien die Stadt nicht unvorbereitet treffen. Hierfür hat die Stadt Maintal geeignete Planungen anzustellen und wo nötig Vorräte zur Versorgung der Bevölkerung im Katastrophenfall vorzuhalten oder den Bürger:innen Empfehlungen für eine solche Bevorratung auszusprechen.
- Wir wollen, dass die Streuobstwiesen verstärkt durch geeignete Kräfte (z.B. Feldschütze) auf Obstdiebe oder Umweltsünder kontrolliert werden.
- Wir möchten, dass die Maintaler Bürgerinnen und Bürger sicher sind. Dazu gehört eine gut ausgestattete Feuerwehr genauso wie gut ausgeleuchtete Straßen. Mehr Präsenz und Kontrollen an sozialen Brennpunkten durch unsere Stadt- und Landespolizei. Wir setzen uns dafür ein, dass das Land mehr Polizeistellen in Maintal schafft und die Stadtpolizei stetig weiterqualifiziert wird. Nicht das Einführen neuer Vorschriften und Festlegen von Einschränkungen gewährleisten die Sicherheit, sondern das konsequente und stetige Kontrollieren bestehender Vorschriften und Ahnden von Verfehlungen gibt den Bürgerinnen und Bürgern die Gewissheit, dass Regeln ihren Zweck erfüllen.
- Wir wollen eine gute Ausstattung aller Sicherheitskräfte – Kommunikation, Lokalisierung, Verfügbarkeit, Eskalation
- Wir wollen eine gut ausgebildete und motivierte Stadtpolizei durch Nutzung der Digitalisierung, Verkürzung der Geschäftsprozesse und damit mehr Zeit für den Bürger
- Wir wollen die städtischen Infrastrukturen resilienter machen. Dadurch soll die Stadt in die Lage versetzt werden, den Bürgerinnen und Bürgern in einem Notfall, wie z.B. Hitzeperioden und Starkregenfällen sowie Stromausfall, entsprechend zur Seite zu stehen. Dazu sollen auch Möglichkeiten der Smart City genutzt werden.
- Eine gute Sozial- und Bildungspolitik vor Ort ist die beste Prävention, damit Kriminalität gar nicht erst entsteht. Deshalb beginnt gute Präventionsarbeit bereits in den Kindertagesstätten, geht weiter in den Schulen und spielt bei der Jugendarbeit eine wichtige Rolle. Wir werden die bestehenden erfolgreichen Projekte der Drogen- und Suchtprävention, der Prävention von Gewalt und sexuellem Missbrauch sowie von Kriminalität allgemein weiter unterstützen und ausbauen und dabei vor allem die Zusammenarbeit zwischen Schulen und außerschulischen Institutionen verbessern. Gerade in diesem Bereich unterstützen wir eine Verbesserung der regionalen Zusammenarbeit durch gemeinsam geplante und finanzierte Projekte.

5 Maintals gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken

Maintal gehört zu den Vorreitern bei der frühkindlichen Kinderbetreuung und jetzt in Gestalt des Familienzentrums Ludwig-Uhland-Straße auch zu qualitativen Preisträgern. Diese Tradition wollen wir mit einem ausgewogenen Mix aus städtischen, privaten und kirchlichen Kindertageseinrichtungen und einem guten Angebot an Tagesmüttern und -vätern erhalten und weiterentwickeln. Der Dreiklang der Aufgaben Bildung, Erziehung und Betreuung ist in den Kindertagesstätten durch gut ausgebildetes Fachpersonal zu gewährleisten.

Die Qualität und Vielfalt der bestehenden Kinderbetreuungseinrichtungen gilt es zu erhalten und gemeinsam weiterzuentwickeln. Wir setzen in den nächsten Jahren einen Schwerpunkt auf die Optimierung der Entgeltstruktur mit dem Ziel, die Familien finanziell zu entlasten. Zudem prüfen wir die Möglichkeiten der interkommunalen Zusammenarbeit und Erarbeiten einheitliche Qualitätsstandards für alle Kindertageseinrichtungen. Wir wollen die Zusammenarbeit zwischen städtischen und privaten Trägern intensivieren.

Maintal ist Wohnort und Heimat für Menschen unterschiedlichster Herkunft und Kultur. Das ist eine Stärke unserer Stadt, auf die wir aufbauen wollen. Denn Integration, in manchen Fällen auch Integration auf Zeit, ist eine gemeinsame Leistung von Zuwanderern und aufnehmender Gesellschaft.

So wie wir zu jedem Zeitpunkt einfordern, dass sich Zuwanderer aktiv einbringen, Rechtsregeln einhalten und Kultur respektieren, so unterstützen wir sie im Gegenzug mit Fördermaßnahmen von Anfang an. Auch wenn die Finanzierung solcher Maßnahmen für uns grundsätzlich Sache des Bundes ist, so haben wir doch vor Ort den besten Überblick, was jeweils gebraucht wird und sinnvoll ist.

Dauerhafte Integration resultiert nicht aus einem bloßen Nebeneinander der Menschen. Erst Zugehörigkeit, Zugehörigkeitsbewusstsein und das Gefühl von Menschen, willkommen zu sein, ermöglichen gesellschaftlichen Zusammenhalt. Wir schauen nicht darauf, woher jemand kommt, sondern was er hier erreichen möchte und was er dafür mitbringt. Auf diesem Weg sollen die Zuwanderer durch kompetente und erfahrene Ansprechpartner in Behörden, Verbänden, Beratungsstellen und Vereinen unterstützt werden. Ohne die ehrenamtliche Flüchtlingshilfe, insbesondere durch den Arbeitskreis Asyl und die Tafel Maintal, hätte unsere Stadt den Flüchtlingszustrom nicht so gut bewältigen können. Auch jetzt und in den nächsten Jahren sind wir weiterhin auf die ehrenamtliche Unterstützung der Bürgerinnen und Bürger angewiesen.

Vereine sind ein besonders wichtiger Bestandteil des gesellschaftlichen Lebens in unserer Stadt. Freie und öffentliche Kultureinrichtungen wie auch Vereinigungen und Gruppen, in denen Bürger und Bürgerinnen in ihrer Freizeit als Ehrenamtliche tätig sind, übernehmen Verantwortung für das Gemeinwohl. Dies wollen wir anerkennen. Dazu bedarf es besserer Förderung und Unterstützung durch die Stadt. Vor allem aber müssen die Rahmenbedingungen geschaffen werden, unter denen sich die örtlichen Vereine möglichst frei und unabhängig weiterentwickeln können. Vereine die durch äußere Umstände (beispielsweise Pandemie) besonders belastet waren, wollen wir unterstützen.

Wir brauchen auch in Maintal eine freie und vielseitige Kulturlandschaft, die von öffentlichen, kirchlichen, privaten Institutionen oder Personen ausgeht und allen offensteht. In Maintal gibt es ein vielfältiges kulturelles Angebot, welches erhalten bleiben soll.

Wir wollen Chancen für Jede und Jeden, unabhängig von der sozialen Herkunft. Jeder soll seinen Weg gehen und Grenzen überwinden können. Deshalb stehen wir in unserer Gesellschaft jenen zur Seite, die in Not geraten sind.

Wir sehen die Stadt in der Pflicht gemeinsam mit dem Main-Kinzig-Kreis, durch eine engagierte Sozialpolitik den ihr anvertrauten Menschen ein würdevolles Leben und eine aktive Teilhabe an der Gesellschaft zu ermöglichen. Dies erfordert eine Konzentration auf das Wesentliche, um helfen zu können, wo die Betroffenen dazu selbst nicht in der Lage sind.

Vorrang muss ein selbstbestimmtes Leben im Alter haben. Wichtig ist es deshalb für uns, die Mobilität im Alter zu gewährleisten, denn sie ist ein Stück individueller Lebensqualität und persönlicher Freiheit. Die Nachfrage nach altersgerechten Wohnungen nimmt zu. Deshalb müssen Barrieren reduziert oder vollständig abgebaut werden, um selbstbestimmtes Wohnen bis ins hohe Alter realisieren zu können. Technologische Hilfestellungen sollen genutzt werden können, um Sicherheit zu bieten.

Die Vermeidung von Kinderarmut ist eine Aufgabe aller politischen Ebenen. Die Folgen von Kinderarmut sind jedoch vor allem vor Ort und in den Kommunen zu spüren, dem wollen wir in Maintal entgegenreten.

Für die kommende Amtszeit verfolgen die Kooperationspartner folgende Schwerpunkte in ihrer Arbeit:

5.1 Kinderbetreuung

- Wir betrachten Kinderbetreuung, Schulen und Jugendeinrichtungen als extrem wichtig für unsere Gesellschaft. Das wird gerade in der Pandemie besonders deutlich. Der gemeinsame Ansatz, dass die Familie aber die Keimzelle des Gemeinwesens, erster Verantwortungsbereich und sicherstes Rückzugsgebiet ist, ist die wahre Lehre aus der Krise. Wir setzen uns dafür ein, dass insbesondere junge Familien in Maintal ihre Zukunft finden, sich hier niederlassen und wohlfühlen.

- Wir sehen in der Familie das Fundament unserer gesellschaftlichen Ordnung. Sie durch vielfältige Betreuungsangebote zu schützen und stärken ist ein wichtiger Beitrag zum sozialen Zusammenhalt in unserer Gesellschaft. Wir wollen:
 - Kindergärten wohnungsnah erhalten und neu bauen,
 - die Kindertagespflege weiter unterstützen und
 - Freie Träger der Kinderbetreuung weiter fördern,
 - vergütete Ausbildungsstellen und duale Studiengänge für KITA-Erzieherinnen und Erzieher einrichten sowie
 - dass die Ferienspiele weiter angeboten werden.
- Wir werden im Rahmen der haushaltstechnischen Möglichkeiten die Kita-Gebühren so reformieren, dass ein Großteil der Eltern Entlastungen erfahren können. Dabei legen wir einen besonderen Schwerpunkt auf die Gebühren für die Betreuung von U3-Kindern.
- Wir wollen für die städtischen Kitas und die Einrichtungen der freien Träger Krisenpläne entwickeln, die künftig größere oder längere Schließungen der Einrichtungen für die Eltern beherrschbar machen.
- Wir wollen das bewährte Modell der Jahresarbeitszeitermittlung in den städtischen Kindertagesstätten weiterentwickeln, um eine ausreichende Versorgung mit Erziehenden zu sichern.
- Wir wollen die Betreuungskapazitäten und -zeiten in den Kitas und Horten so auszuweiten, dass es berufstätigen Eltern ermöglicht wird, Erwerbstätigkeit und Erziehung weitgehend spannungsfrei zu vereinen. Dazu gehört auch die Möglichkeit von Notfall- und Übernachtbetreuungsangeboten.
- Wir streben an, in Kooperation mit Maintaler Unternehmen Betriebskindergärten einzurichten.
- Wir setzen uns für den Erhalt eines breit gefächerten Angebots verschiedener Träger von Kindertageseinrichtungen und für hinreichende Gestaltungsspielräume derselben ein.
- Wir wollen die Einrichtungen der Stadt dem unmittelbaren Umfeld als Bildungs- und Begegnungsort öffnen und so Anlaufpunkt für die Familien, Kinder und Jugendliche vor Ort machen.
- Wir streben eine Ganztagsbetreuung für Grundschul Kinder in Maintal an. Die Voraussetzungen sind von den Schulträgern zu schaffen. Die Stadt muss hierzu ihren Beitrag leisten.
- Wir wollen in den bestehenden und in den geplanten neuen Wohngebieten ausreichende Betreuungsplätze in der frühkindlichen Bildung schaffen.
- Wir setzen uns dafür ein, dass alle Kinder ab dem dritten Lebensjahr eine Maintaler Kindertagesstätte besuchen können und – sofern erforderlich – eine angemessene Sprachförderung erhalten. Hierzu wollen wir die verfügbaren Landesmittel vollständig ausschöpfen und gemeinsam mit der Jugendhilfe auf die Eltern zugehen, dass sie die staatlichen Angebote annehmen.
- Wir werden eine interkommunale Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Kinderbetreuung in städtischen Einrichtungen mit den Nachbarkommunen prüfen.
- Wir wollen eine Kindergrundsicherung, die auf eine auf gesellschaftliche Teilhabe ausgerichtet ist und kostenfreie Infrastruktur für alle Kinder ermöglicht. Wir setzen uns dafür ein, dass frühe Hilfen und Unterstützung der Eltern genauso wie die Sicherstellung eines stigmatisierungsfreien Zugangs zu Sport, Bewegung, Kunst und Kultur für alle geschaffen und wahrgenommen werden können.

5.2 Integration

- Wir setzen uns dafür ein, dass Möglichkeiten geschaffen werden, dass sich alle Bürgerinnen und Bürger in unsere Stadtgesellschaft integrieren können und Ehrenamtliche bei der Integration von Migranten und Asylsuchenden unterstützt werden.
- Wir werden uns dafür einsetzen, neben der Sprachförderung die Ausbildung und Nachqualifizierung von Geflüchteten und Migranten als vordringliche Aufgabe in Zusammenarbeit

mit der lokalen Wirtschaft (beispielsweise durch die Wirtschaftsförderung) verstärkt vorangetrieben wird.

- Wir wollen als Stadt mit gutem Beispiel vorangehen und in Verwaltung und Betriebshof in größerem Umfang als bisher Praktika anbieten. Diese sind für einen ersten wechselseitigen Eindruck, das Testen der Fähigkeiten und die Vermittlung von Arbeitsabläufe ein wichtiger erster Schritt in Richtung Arbeitsmarkt.
- Wir werden uns auch in Zukunft dafür einsetzen, dass der Bund und das Land ihren Verpflichtungen nachkommen, die Kosten für die Betreuung der Geflüchteten durch die Stadt zu übernehmen.
- Wir werden dazu beitragen, dass die Kultur und Kunst von Maintalern mit Migrationserfahrung oder Migrationshintergrund noch besser in unser Stadtleben eingebunden werden. Den Austausch untereinander, wie z.B. beim Septemberfest, wollen wir ausbauen, um durch gemeinsame Erfahrungen die Gemeinschaft aller Bürger und Bürgerinnen in der Stadt zu stärken.
- Wir werden kulturelle Einrichtungen, wie z.B. Kunst- oder Musikschulen, sowie Sportvereine, die sich um eine Integration von Kindern aus bildungsfernen und wirtschaftlich schwachen Familien besonders einsetzen, in besonderem Maße unterstützen.
- Wir werden Rassismus, Diskriminierung und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit entschlossen bekämpfen.
- Wir unterstützen das integrative Lernen mit einem kommunalen Förderprogramm zur Stärkung der interkulturellen Elternarbeit, der Sprach- und Leseförderung und des Angebots von mehr interkulturellen Bildungsmöglichkeiten.
- Wir wollen, dass das Handlungs- und Maßnahmenkonzept Integration der Stadt Maintal umgesetzt und, in Zusammenarbeit mit der Integrationsbeauftragten, kontinuierlich weiterentwickelt wird. Die Maintaler Organisationen, die sich haupt- oder ehrenamtlich für Integration und Zusammenhalt engagieren, sollen dauerhaft gestärkt, in ihrer Arbeit unterstützt und regelmäßig gehört werden.

5.3 Vereinsförderung

- Wir wollen das ehrenamtliche Engagement wertschätzen und anerkennen. Das gesellschaftliche, sportliche, kulturelle und politische Angebot in unserer Stadt ist bunt und vielfältig, weil sich zahlreiche Menschen ehrenamtlich engagieren. Auch in Maintal funktioniert ein großer Teil des gesellschaftlichen Miteinanders nur dank des ehrenamtlichen Engagements unserer Bürgerinnen und Bürger. Stellvertretend nennen wir die Feuerwehr, die DLRG, die Sport- und Kulturvereine, die Bürgerhilfe oder das Railway-Projekt. All diese Aktivitäten wollen wir fördern und finanziell unterstützen.
- Wir wollen die Zusammenarbeit zwischen Schulen und Vereinen in Maintal weiter auszubauen und miteinander zu verzahnen. Die Sportanlagen der Schulen sollen auch von Vereinen und anderen Sport treibenden Initiativen genutzt werden können. Hierzu wollen wir Vereinbarungen mit dem Kreis treffen.
- Wir sehen, dass die Fußballvereine traditionell zu den großen Sportvereinen in Maintal gehören. Die Stadt soll ihnen auch zukünftig eine moderne Infrastruktur mit Rasen- oder Kunstrasenplätzen zur Verfügung stellen.
- Wir wollen die Vereine mit eigenen Hallen (aufgrund der höheren Fixkosten der Halle) finanziell nicht schlechter stellen als Vereine ohne eigene Hallen.
- Wir wollen den Verlust von Vereinsräumen, die keine eigenen Anlagen benötigen, bei einem Neubau des Bürgerhauses Bischofsheim verhindern.

5.4 Kultur

- Wir wollen unsere Gäste mit Toleranz und Weltoffenheit begrüßen und einen hohen Wohlfühl- und Bleibewert schaffen. Kulturelle Angebote gehören deshalb zu Maintal. Wir unterstützen und

fördern das Ehrenamt damit wir weiterhin Feste sowie Sport- und Kulturveranstaltungen besuchen können.

- Wir sehen in einer bunten und vielfältigen Kulturlandschaft mit traditionellen und modernen Aktivitäten einen wichtigen Standortfaktor. Deshalb sind unsere Ziele:
 - Ein modernes Bürgerhaus in Bischofsheim als Treffpunkt für Vereine und alle Maintalerinnen und Maintaler
 - Ein modernes und umweltfreundliches Schwimmbad
 - Die Feste, wie zum Beispiel Kerb in Wachenbuchen, Straßenfest in Bischofsheim oder den Weihnachtsmarkt in Hochstadt sowie das Septemberfest in Dörnigheim, erhalten
 - Ein Freizeitzentrum am Main für alle Bürger
- Wir möchten die bestehende kulturelle Vielfalt erhalten und neue Ideen unterstützen. Dabei geht es besonders um die Schaffung einer zeitlich gebündelten Veranstaltung (wie beispielsweise Literatur im Gespräch, Maintaler Musikwoche, etc.) oder in regelmäßigen Abständen stattfindenden Kulturreihen, in denen sich die einzelnen Kulturschaffenden, Vereine und Initiativen präsentieren können.
- Wir wollen zusammen mit dem ehrenamtlichen Kulturbeauftragten und dem Fachdienst Freiwilligenagentur und dem Kulturbüro das bestehende Angebot an kulturellen Veranstaltungen weiter bekannt machen und neue Angebote entwickeln, welches auch über die Stadtgrenzen hinaus bekannt gemacht wird.
- Wir streben an, im Rahmen der interkommunalen Zusammenarbeit, eine Außenstelle der Volkshochschule in Maintal anzusiedeln. Dabei ist es auch wichtig, dass nicht nur Arbeitgeber, sondern auch private Bildungsanbieter vor Ort in diesem Prozess mit eingebunden werden.
- Wir wollen die Partnerschaft und Kooperationen von Kindertagesstätten und Schulen mit kulturellen Einrichtungen stärken. Kommunale kulturelle Einrichtungen und private Initiativen sind einzubeziehen.
- Wir wollen die Einrichtung eines öffentlich zugänglichen Stadtarchivs prüfen.
- Wir fühlen uns der Maxime „Zukunft braucht Erinnerung“ verpflichtet. Aufklärung über die beiden deutschen Diktaturen, welche eine Feindschaft gegen bürgerliche Freiheiten, auch bei Kunst und Kultur, und Rechtsstaat gemeinsam hatten, sind der Kern unseres demokratischen Konsenses. Wir sehen in dem Engagement gegen das Vergessen von Verfolgung und Diktatur eine dauerhafte politische Aufgabe. Eine tragende Rolle bei der Erinnerungskultur soll dem Brüder-Schönfeld-Forum und Geschichtsverein zukommen.
- Wir unterstützen die Volksbühne und das Kino vor Ort als bedeutende kulturelle Veranstaltungen mit einem großen Publikumszulauf.
- Wir wollen im Zuge der Errichtung des Dienstleistungszentrums prüfen, ob dort eine Bücherei angesiedelt werden kann, die über ein digitales Ausleihsystem verfügt und die Rückgabe der ausgeliehenen Medien, auch außerhalb der Öffnungszeiten, ermöglicht.
- Wir sehen im Karneval in Maintal eine der wichtigsten Traditionsveranstaltungen. Er bringt die Bürger und Bürgerinnen zusammen, ist gelebte Integration und ein Eckpfeiler der Jugendarbeit in den Vereinen. Deshalb wollen wir insbesondere den Karnevalsumzug in Dörnigheim aufrechterhalten.
- Wir setzen uns für Public-Viewing-Veranstaltungen im Maintalbad zu besonderen Anlässen ein.
- Wir wollen für die Jugendlichen in Maintal ein passendes Angebot mit besonderen Treffpunkten bereithalten. Hierzu gehören neben den Jugendzentren auch Plätze für Freizeitaktivitäten im öffentlichen Raum.
- Dem Verbund der Städtepartnerschaften, die im Beirat Städtepartnerschaften vertreten sind, wollen wir weiter Mittel in angemessener Höhe zukommen lassen.

5.5 Senioren

- Wir haben das Ziel, mehr und bezahlbarem Wohnraum auch für Senioren zu schaffen. In den neuen Wohngebieten in der Eichenhecke und am Berghof möchten wir auch seniorengerechte Wohnformen realisieren.
- Wir wollen neue Wohnformen im Alter unterstützen und fördern. Ob es sich um private Wohngruppen, Patchwork-Wohnformen oder Verantwortungsgemeinschaften handelt, um das Modell des Mehrgenerationenwohnens oder um genossenschaftlich organisierte Wohnformen, alles, was dazu dient, der älteren Generation so lange wie möglich ein selbstbestimmtes Leben zu erhalten, möchten wir unterstützen. Dabei wollen wir auch durch digitale Systeme die Eigenständigkeit der Senioren in eigenen Wohnungen unterstützen.
- Wir wollen den MSHD als Eckpfeiler der Pflege in Maintal sichern und seine Leistung ausbauen. Dabei spielt auch die Kurzzeitpflege eine wichtige Rolle.
- Wir wollen bei der Gestaltung von neuen Wohnungen, städtischen Einrichtungen, öffentlichen Gebäuden und Verkehrswegen darauf achten, dass diese auch den Anforderungen der älter werdenden Menschen gerecht werden.
- Wir unterstützen die Arbeit des Runden Tisches „Palliativ- und Hospizversorgung in Maintal“ und wollen ihn mit städtischen Mitteln zur Kommunikationsarbeit ausstatten.

5.6 Sozialpolitik

- Wir setzen uns für ein gutes Schulangebot und eine gute Bildung als Basis für die Zukunft und Entwicklung unserer Stadt ein. Bildung, die heute vermittelt wird, sichert die Arbeitsplätze von morgen und die Kompetenz der nächsten Generation, die sich stellenden Zukunftsfragen zu lösen. Beim Kreis und beim Land fordern wir ein:
 - Bessere Schulausstattung und weniger Unterrichtsausfall
 - Mehr Digitalisierung
 - Förderung von Ganztagschulen
 - Hausaufgabenbetreuung durch ausgebildete Pädagogen oder Studenten
 - Sanierung der Schulgebäude unter klimaneutralen Bedingungen
 - Erweiterung des naturwissenschaftlichen Bereichs und Errichtung einer Mensa im Albert-Einstein-Gymnasium
- Wir wollen die bestehende Aufgabenteilung beim Sozialamt zwischen der Stadt und dem Kreis, die sich bewährt hat, unverändert fortführen.
- Wir wollen sicherstellen, dass das Kommunale Center für Arbeit (KCA) in Maintal seine wichtige Funktion, Menschen aus der Stadt wieder in Arbeit zu bringen, weiterhin wahrnehmen kann.
- Wir fördern die ambulante medizinische Versorgung durch niedergelassene Freiberufler als nach wie vor die effizienteste, kostengünstigste, aber auch persönlichste und menschliche Form der ärztlichen Versorgung. Daher wollen wir es ermöglichen, dass in allen Stadtteilen Maintals niedergelassene Ärzte praktizieren. Ebenso soll die Facharztversorgung, insbesondere bei den Kinderärzten, gesichert werden.
- Wir sehen in der Versorgung mit Apotheken einen Bestandteil der Grundversorgung. Deshalb soll in jedem Stadtteil mindestens eine Apotheke ihren Betrieb aufrechterhalten können.
- Wir wollen die Angebote des Maintal-Passes ausbauen. Ein entsprechendes Konzept wird vom Magistrat bis November 2021 vorgelegt. Der Maintal-Pass wird dahingehend erweitert, dass die Zugangsvoraussetzungen (Einkommen) erweitert werden.
- Wir wollen, dass die Sozialarbeit auch die Menschen kontaktiert, die durch das etablierte Versorgungssystem nicht mehr erreicht werden. Aufklärung über gesundheitliche Risiken und zielgruppen- angepasste Präventionsmedien sowie die Bereitstellung von Freizeit- und Erlebnisangeboten können das Leben vieler Menschen verbessern oder sogar retten. Kommunen müssen mit genug Personal für aufsuchende Sozialarbeit ausgestattet oder gut mit den freien Trägern vernetzt sein, damit genügend Angebote vorhanden sind, gerade da, wo Probleme

vermehrt auftreten. Deswegen setzen wir uns für eine aufsuchende Sozialarbeit in jedem Quartier ein.

- Wir verurteilen jedwede und insbesondere häusliche Gewalt und möchten dieser mit entsprechenden Beratungsleistungen entgegenwirken.
- Wir wollen die aufsuchende Drogen- und Suchtberatung in Maintal mit zusätzlichen Angeboten unterstützen.

5.7 Inklusion

- Wir wollen die Inklusion in Maintal fördern. Die Forderung von Inklusion von Menschen mit körperlichen, geistigen oder seelischen Behinderungen kann nur mit Unterstützung der Kommunen umgesetzt werden. Wir wollen vor Ort die Voraussetzungen für eine inklusive Gesellschaft schaffen. Hierzu gehört unter anderem, dass Kinder mit Behinderungen in Schulen und in Kindertagesstätten gemeinsam mit allen Kindern gefordert und betreut werden und dass Barrierefreiheit an allen öffentlichen Orten gewährleistet wird. Die durch das Bundesteilhabegesetz eingeführte Teilhabekonferenz zeigt individuelle Möglichkeiten auf, wie Menschen mit kommunaler Unterstützung gefordert werden können. Diesen Weg wollen wir weitergehen.

6 Maintal für Unternehmen attraktiv und wirtschaftlich gesund aufstellen

Eine gesunde Wirtschaft, die den Bürgern ein attraktives Angebot für Konsum, Dienstleistung und Freizeitgestaltung bietet, außerdem Arbeitsplätze schafft und Einkommen ermöglicht, sowie Steuern vor Ort zahlt, ist die Grundlage für eine prosperierende Stadt. Die Überwindung der Wirtschaftskrise, der Fachkräftemangel, die Herausforderungen des Klimaschutzes und der Digitalisierung sowie die Erhaltung der Kaufkraft sind große Aufgaben unserer Zeit. Eine gut funktionierende kommunale Wirtschaftsförderung für Unternehmer und Freiberufler in Maintal ist daher essenziell. Dabei setzen wir vor allem auf einen starken Mittelstand. Wir wollen unsere bestehenden Maintaler Unternehmen unterstützen und Sorge dafür tragen, dass ein Wegzug aus Maintal vermieden werden kann.

Wir verfolgen das Ziel, den Ergebnishaushalt strukturell und dauerhaft auszugleichen. Der städtische Haushalt ist HGO-konform zu beschließen. Auf Steuererhöhungen wird verzichtet. Die Einnahmesituation soll durch die Ansiedelung weiterer Gewerbebetriebe in den neuen Gewerbegebieten gesteigert werden, die Ausgabesituation und die Personalkosten der Stadt einer dauerhaften kritischen Prüfung unterliegen und die Effizienz der Verwaltung gefördert werden. Die Digitalisierung der städtischen Verwaltung ist mit Priorität umzusetzen. Neue, nicht im Haushalt abgebildete Investitionen werden wir dabei kritisch prüfen.

Die interkommunale Zusammenarbeit wollen wir überprüfen und - soweit möglich - ausbauen. Dies umfasst auch die ergebnisoffene Prüfung einer Zusammenarbeit im Bereich des Stadtverkehrs und der Kindertagesbetreuung.

Die bestehende Struktur der Maintaler Unternehmen (Konzernstruktur) werden wir unter dem Aspekt der Rechtssicherheit, Wirtschaftlichkeit und Sinnhaftigkeit überprüfen.

Wir stehen für einen qualifizierten Ausbau der Wirtschaftsförderung der Stadt Maintal.

Die Einwohner unserer Stadt sind nicht nur Steuerzahler und Kunden der Gemeinde. Die Bürger und Bürgerinnen sind die Kommune. Wir wollen, dass so viele Entscheidungen wie möglich durch die Bürgerinnen und Bürger vor Ort getroffen werden können. Bürgerbeteiligung erfordert aber, dass zwischen allen Beteiligten die jeweiligen Verantwortlichkeiten klar kommuniziert und gelebt werden. Dies betrifft einerseits den Föderalismus (Kommune, Kreis, Land und darüber hinaus bis zur EU).

Andererseits betreffen höherrangige Entscheidungen auch die haupt- und ehrenamtlichen Verantwortlichkeiten aller Beteiligten in den politischen Strukturen der Stadt. Dies erfordert eine klare Kommunikation mit den Bürgern und Bürgerinnen. Bürgerbeteiligung darf kein Luxus sein. Wir wollen die Voraussetzungen dafür schaffen, dass alle Menschen in Maintal Zugang zu den unterschiedlichen Beteiligungsformen erhalten können.

Für die kommende Amtszeit verfolgen die Kooperationspartner folgende Schwerpunkte in ihrer Arbeit:

6.1 Haushalt und Finanzen

- Wir werden die städtischen Haushalte gemeinsam verabschieden. Hierzu bringen wir gemeinsame Antragspakete ein.
- Wir sehen die durch die Corona-Pandemie entstandenen Haushaltsdefizite als temporär an und durch Auflösung von Rücklagen und durch Kredite solide finanziert.
- Wir wollen Gewerbeflächen vorhalten und wenn möglich, neu entwickeln. Damit schaffen wir Möglichkeiten für Neuansiedlungen, um das Einnahmepotential zu verbreitern. Neben der Schaffung neuer Gewerbeflächen legen wir auch einen Fokus auf die Reaktivierung bzw. Wiederverwendung bestehender oder leerstehender Gewerbeflächen unter aktiver kommunaler Gestaltung.
- Wir wollen alle Verwaltungsleistungen bis Ende 2022 online anbieten, um die Verwaltung effizienter auszurichten und damit Kosten zu sparen.
- Wir werden alle Investitionen auf ihre ökologische und ökonomische Effizienz prüfen und die Folgekosten berücksichtigen.
- Für die Finanzierung der vereinbarten Maßnahmen werden alle verfügbaren Finanzierungsquellen sowie Fördermaßnahmen herangezogen.
- Wir werden darauf achten, dass das Gesamtaufkommen der Grundsteuer im Zuge ihrer Reform nicht erhöht wird.
- Wir werden für die Bürger und Bürgerinnen die Gebühren wie Müllabfuhr, Straßenreinigung, Bestattungen, Wasserversorgung und Abwasserentsorgung in ihrer Kalkulation nachvollziehbar gestalten.
- Wir fordern vom Magistrat durch eine kritische Überprüfung der Ausgaben, um einen Ausgleich des Haushaltes zu erreichen. Hier gilt es Prioritäten auf solche Ausgaben zu setzen, die dem Erhalt der städtischen Infrastruktur, der Digitalisierung, der Stärkung der Bildungschancen für unsere Kinder und der Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhaltes durch die örtlichen Vereine dienen.
- Wir werden überprüfen, wie durch eine Verbesserung der Haushaltsstruktur die Prozesse und Abläufe in der Verwaltung verschlankt und die Verantwortung auf mehr Schultern verteilt werden können.
- Wir werden Investitionen, die durch Förderungen vom Bund oder dem Land unterstützt werden, genauso kritisch auf ihre Folgen und Rentierlichkeit bewerten, wie Investitionen, die alleine von der Stadt getragen werden. Gleichzeitig werden wir alle Möglichkeiten der Co-Finanzierung ausschöpfen.
- Wir werden als erstes die bereits in den verabschiedeten Haushalten der letzten Jahre verankerten Investitionen umsetzen. Neue, noch nicht veranschlagte Investitionen werden wir kritisch prüfen, um so die Neuverschuldung der Stadt zu begrenzen. Eine Erhöhung der Verschuldung über das in der Finanzplanung vorgesehene Niveau werden wir nur zur Finanzierung von bereits geplanten und künftigen rentierlichen Investitionen vornehmen. Dies schafft uns die Möglichkeit, Maintal weiter zu gestalten.

6.2 Wirtschaft und Wirtschaftsförderung

- Wir wollen die Wirtschaftsförderung in Maintal neu aufstellen und darauf ausrichten, den Wirtschaftsstandort Maintal zu stärken. Dazu werden wir die organisatorische Integration der

Wirtschaftsförderung in ein städtisches Unternehmen prüfen, um die Effizienz und Akzeptanz als Partner der Wirtschaft zu steigern. Wir werden die Entwicklung eines Standort- und Stadtmarketingkonzeptes, das eng mit der Frage der Imagebildung Maintals verknüpft ist, als einem Kernbestandteil der Aufgaben der Wirtschaftsförderung vorantreiben. Dazu soll die Stadt auch ihre Kontakte und Mitgliedschaften in Verbänden und Organisationen nutzen.

- Wir wollen eine Sicherung von klein- und mittelständischen Betrieben durch gleichrangige Förderung erreichen, um die marktwirtschaftliche Wettbewerbsstruktur zu erhalten. Die geplanten neuen Gewerbegebiete sollen hier Entwicklungsperspektiven bieten. Wir wollen eine Analyse hinsichtlich der Auslastung der Gewerbegebiete. Dazu könnte ein Leerstandscreening genauso gehören, wie die Erarbeitung von Maßnahmen zur Attraktivitätssteigerung der Gewerbegebiete.
- Bei Betriebsübernahmen und Neugründungen stehen viele Menschen vor bisher unbekanntem Verwaltungsabläufen und bürokratischen Verfahren. Hier braucht es zentrale Anlaufstellen in Kommunen als aktive Begleitung und Hilfestellung vor Ort.
- Wir wollen die Erfolgsgeschichte des Gründerzentrums fortschreiben und ausbauen und zukünftig gemeinsam mit dem Kreis und/oder mit der Stadt Frankfurt betreiben (z.B. im gemeinsamen Gewerbegebiet). Insbesondere für digitale Start-Ups sollen Räumlichkeiten und Infrastrukturen geschaffen werden, damit moderne Arbeitsplätze in Maintal entstehen und langfristig erhalten bleiben. Das Gründerzentrum soll zu einem Innovationszentrum ausgebaut werden.
- Wir wollen die Möglichkeiten von Co-Working-Spaces stärken, sodass sich Spezialisten zusammenfinden können, die ihre Berufe ortsunabhängig ausüben können.
- Wir wollen die städtebaulichen und bürokratischen Voraussetzungen dafür schaffen, dass es mehr Arbeitsplätze im ‚near Homeoffice‘ gibt. Dazu sollen Lagerhallen oder Gebäude die leer stehen umgebaut werden, um dort Arbeitsplätze zu schaffen. Hierfür muss die Stadt die planerischen Voraussetzungen schaffen.
- Wir werden den Ausbau der Glasfaserinfrastruktur in Maintal konsequent fortzuführen, sowohl in den Gewerbegebieten als auch in den Wohn- und Mischgebieten. Er ist ein wichtiger Faktor, um den zunehmenden Anteilen an Beschäftigten, die im Homeoffice arbeiten, eine gute Infrastruktur zu bieten. Wir wollen den Glasfaserausbau mit der kreiseigenen Breitband GmbH wo möglich voranbringen.

6.3 Der Konzern Stadt und die städtische Verwaltung, Interkommunale Zusammenarbeit

- Wir wollen alle städtischen Gesellschaften und deren Verbundstruktur hinsichtlich steuerlicher und kostenmäßiger Aspekte analysieren und zukunftsfähig aufstellen. Damit spielen umsatz- und ertragssteuerliche Gegebenheiten eine wesentliche Rolle. Bis dahin werden keine hauptamtlichen Beschäftigungsstrukturen geschaffen.
- Mit benachbarten Kommunen sind Möglichkeiten der Zusammenarbeit unter Effizienz- und Qualitätsaspekten zu eruieren. Dies bezieht ausdrücklich alle Bereiche ein.
- Wir werden die Transparenz und den Zugang zur Stadtverwaltung einfacher gestalten. Wir wollen den Stadtladen zur Dienstleistungszentrale ausbauen. Hierin sollen die allermeisten Leistungen mit Publikumsverkehr zusammengefasst werden. Der Stadtladen muss personell und digital so ausgestattet sein, dass Wartezeiten möglichst reduziert werden und kundenfreundliche Öffnungszeiten möglich sind.
- Wir halten perspektivisch an einem zentralen Stadtladen fest, der in das noch zu errichtende Dienstleistungszentrum verlegt werden soll.
- Wir wollen die vorhandenen städtischen Gebäude für die Verwaltung nutzen und den benötigten Büroraum durch die Nutzung von digitalen Arbeitsmethoden, insbesondere durch Homeoffice, senken.

- Wir wollen die MIG dazu nutzen, städtische Flächen als Bauland für Wohnen nach den Vorgaben der städtischen Gremien zu entwickeln und zu vermarkten sowie den Wohnungsbau besonders im preiswerten Segment voranzutreiben. Sukzessive sollen weitere städtische Immobilien einschließlich des Bürger- und Dienstleistungszentrums in die städtische Gesellschaft überführt und von dieser bewirtschaftet werden.
- Wir werden darauf achten, dass die Maintal Beteiligungsgesellschaft MBG als städtische Holding aufgrund der Aktivitäten der einzelnen Tochtergesellschaften nicht in finanzielle Probleme kommt. Wir setzen uns dafür ein, dass die städtischen Gesellschaften nicht durch Beschlüsse der städtischen Gremien finanziell überfordert werden. Hierzu ist eine kontinuierliche Rückkopplung zwischen den Gremien und den Gesellschaften auch jenseits der Aufsichtsräte erforderlich.
- Wir werden die Tätigkeit des Betriebshofs durch die Verbesserung der Arbeitsabläufe, eine aufgabenorientierte Personalpolitik und eine moderne Geräteausstattung optimieren. Die Aufgaben des Betriebshofs werden wir so aussteuern, dass keine Verlustübernahme durch den städtischen Haushalt erforderlich ist.
- Wir werden nach einer intensiven und ergebnisoffenen Prüfung der Aufstellung der städtischen Gesellschaften entscheiden, wie der Konzern Stadt künftig aufgestellt wird und welche Aufgaben er übernehmen soll. Dabei werden wir die Einflussmöglichkeiten der Stadtverordnetenversammlung auf die Entwicklung der Unternehmen wahren.
- Wir wollen die interkommunale Zusammenarbeit mit den Nachbargemeinden weiter ausbauen. Das gilt besonders für die Zusammenarbeit mit der Stadt Hanau.

6.4 Bürgerbeteiligung

- Wir wollen die Kommunikationsplattformen zwischen Stadt einerseits und Bürgern und Bürgerinnen andererseits weiter ausgestalten und die Vorteile moderner Medien nutzen. Dies gilt auch für eine transparente Darstellung von städtischen Entscheidungsprozessen, insbesondere bei den Beschlüssen der Stadtverordnetenversammlung. Hierfür werden wir die entsprechenden Mittel im Haushalt bereitstellen oder umschichten. Die von den Bürgern und Bürgerinnen initiierten Projekte im Rahmen von „Maintal Aktiv“ sollen weiterhin von der Stadtverwaltung begleitet werden.
- Wir wollen digitale Beteiligungsverfahren erweitern und die Möglichkeiten der Partizipation und die Zusammenarbeit zwischen Behörden und Bürgerinnen und Bürgern sowie der Wirtschaft fördern.
- Wir wollen, dass das Ratsinformationssystem für Maintaler Bürger verbessert wird.
- Wir wollen das Stadtparlamentsfernsehen im bestehenden Umfang fortsetzen.
- Wir wollen eine kritische Bestandsaufnahme der Vielzahl nicht gesetzlich vorgeschriebener Beiräte und Arbeitskreise durchführen und wo immer sinnvoll die Beiräte und Arbeitskreise zusammenfassen. Bürgerengagement darf nicht durch ein Überangebot an Institutionen erdrückt werden.

7 Grundsätze der Zusammenarbeit

Die Zusammenarbeit in dieser Kooperation wird durch die Fraktions- und Parteivorsitzenden sowie auf der Grundlage von Vertrauen, Respekt und Wertschätzung getragen. Die Vereinbarung gilt für die Zusammenarbeit und für die Belange im Interesse der Bürgerinnen und Bürger in Maintal. Die vereinbarten und gemeinsam festgelegten Stadtinteressen bilden dabei den obersten Grundsatz. Diese Interessen sollen auch gegenüber anderen staatlichen Ebenen und Behörden vorgetragen und durchgesetzt werden, unabhängig von deren parteipolitischer Zusammensetzung. Das berechnete Interesse der Bürgerinnen und Bürger und die Interessen der Stadt Maintal sind dabei stets deutlich höher zu bewerten als das jeweilige Parteibuch.

Alle Kooperationspartner behalten sich das Recht vor, zu Themen, die nicht durch diese Vereinbarung geregelt sind, eigenständige Anträge in die Stadtverordnetenversammlung einzubringen. Gleiches gilt für Anfragen an den Magistrat. Diese Kooperationsvereinbarung berührt nicht die Öffentlichkeitsarbeit der einzelnen Kooperationspartner.

Wir werden die in dieser Vereinbarung festgelegten Ziele unverzüglich und schrittweise durch Initiativen in der Stadtverordnetenversammlung angehen. Haushaltswirksame Anträge werden durch die Kooperationspartner gemeinsam oder nach vorheriger Konsultation durch eine der Fraktionen eingebracht.

Wir setzen den Weg der Bürgerbeteiligung in Maintal fort. Den Stadtleitbildprozess werden wir dazu nutzen, den Austausch zwischen Verwaltung, Politik und Bürgern zu intensivieren und Ideen zur Entwicklung Maintals zu diskutieren. Beschwerden und Anregungen aus der Maintaler Bevölkerung werden ständig einbezogen. In diesem Zusammenhang werden wir das bestehende Kommunikationskonzept des Magistrates grundlegend überprüfen und bedarfsgerecht adjustieren.

7.1 Kooperationsbeirat

Wir vereinbaren eine regelmäßige Abstimmung vor den Gremiensitzungen. Hierzu bilden wir einen Kooperationsbeirat, der sich wie folgt zusammensetzt:

- Den Partei- und Fraktionsvorsitzenden der Kooperationspartner
- Bis zu jeweils einer weiteren Person der drei Kooperationspartner

Der Kooperationsbeirat tagt mindestens alle vier Wochen, spätestens vor den Gremiensitzungen und dient der inhaltlichen Abstimmung von Themen und der Vorbereitung der jeweiligen Stadtverordnetenversammlung und der Ausschusssitzungen.

Die Kooperationspartner werden auf die hauptamtlichen und ehrenamtlichen Mitglieder des Magistrats, die ihrer Partei angehören, einwirken, dass sie im Rahmen ihrer Tätigkeit die Ziele dieser Vereinbarung verfolgen.

7.2 Organisation der Arbeit in den städtischen Gremien

Wir wollen die Arbeit in den städtischen Gremien effizient und sachorientiert gestalten. Hierzu werden wir Ausschüsse, Arbeitsgruppen und Kommissionen so gestalten, dass sie ihre Aufgaben in angemessener Zeit erledigen können. Wir wissen um das ehrenamtliche Engagement aller Stadtverordneten und ehrenamtlichen Stadträte. Dieses wollen wir würdigen und nicht über Gebühr in Anspruch nehmen. Vor diesem Hintergrund werden wir für die bevorstehende Wahlperiode fünf ständige Ausschüsse einrichten:

- Haupt- und Finanzausschuss
- Ausschuss für Soziales, Jugend, Kultur, Senioren, Sport, Integration und Asyl
- Ausschuss für Bau und Stadtentwicklung
- Ausschuss für Mobilität und Digitalisierung
- Ausschuss für Klimaschutz, Energie und Umwelt

Wir werden die zentralen Satzungen und Ordnungen der Stadt so gestalten, dass eine geordnete und effiziente Arbeit der städtischen Gremien möglich ist. Die Zuständigkeiten der Ausschüsse werden so geschnitten, dass sie die Erreichung der in dieser Kooperationsvereinbarung festgelegten Ziele unterstützen.

7.3 Personalentscheidungen

Das Vorschlagsrecht für die Position des Stadtverordnetenvorstehers liegt bei der CDU.

Wir wollen, dass alle Fraktionen der Kooperation im Präsidium durch einen Vorsteher, eine Vorsteherin oder einen stellvertretenden Vorsteher, eine stellvertretende Vorsteherin vertreten sind. SPD und FDP haben das Vorschlagsrecht für einen/eine stellvertretende/n Stadtverordnetenvorsteher/in.

Das Vorschlagsrecht für den Vertreter in der Verbandskammer des Regionalverbands Frankfurt Rhein-Main liegt bei der SPD. CDU und FDP benennen jeweils einen stellvertretenden Vertreter. Alle beteiligten Personen verpflichten sich zu einer vertrauensvollen Zusammenarbeit und Kommunikation. Es erfolgt eine entsprechende Berichterstattung schriftlich und/oder in den Fraktionen und den zuständigen Ausschüssen.

Die Kooperationspartner werden für den Vorsitz Ausschüsse folgende Vorschläge unterbreiten:

- CDU: Haupt- und Finanzausschuss
- SPD: Ausschuss für Klimaschutz, Energie und Umwelt
- FDP: Ausschuss für Mobilität und Digitalisierung

Die Besetzung der weiteren Vorsitze von Ausschüsse soll in Absprache mit den weiteren Fraktionen in der Stadtverordnetenversammlung geregelt werden. In jedem Ausschuss stellen die Kooperationspartner mindestens zwei Personen als Vorsitzende bzw. stellvertretende Vorsitzende.

Soweit Positionen zu besetzen sind, die in den Einflussbereich der Stadtverordnetenversammlung fallen, verständigen sich die Kooperationspartner darauf, ob sie ein Vorschlagsrecht ausüben wollen.

8 Schlussbemerkung und Unterschriften

Diese Kooperationsvereinbarung wurde von den dazu bestimmten Gremien der CDU Maintal, der SPD Maintal und der FDP Maintal gebilligt und wird von den Parteivorsitzenden der drei Parteien unterzeichnet.

Maintal, den 14. Juni 2021

Für den Stadtverband der
CDU

Für den Ortsverein der SPD

Für den Ortsverband der FDP

9 Inhaltsverzeichnis

| | | |
|-----|--|----|
| 1 | Präambel | 1 |
| 2 | Maintals Verantwortung für Klima, Umwelt und Ressourcen | 1 |
| | Klimapolitik..... | 2 |
| | Energiepolitik..... | 2 |
| | Umweltpolitik..... | 2 |
| 2.1 | Klimaschutz, Klimaförderungsprogramm, Klimaanpassung..... | 3 |
| 2.2 | Energie, Maintalwerke | 4 |
| 2.3 | Umwelt und Umweltschutz, Sauberkeit und Landwirtschaft | 4 |
| 3 | Maintal als lebenswerte Stadt aufwerten | 5 |
| 3.1 | Wohnungsbau und Wohnungsförderung..... | 6 |
| 3.2 | Bauen und Stadtentwicklung | 7 |
| 3.3 | Regionalplanung und Flächennutzung | 7 |
| 3.4 | Städtische Infrastruktur..... | 7 |
| 4 | Maintal zur Smart City entwickeln, digital, mobil und sicher..... | 8 |
| 4.1 | Mobilität | 8 |
| 4.2 | Nahverkehr und Stadtverkehr | 9 |
| 4.3 | Digitalisierung, Smart City | 10 |
| 4.4 | Sicherheit..... | 10 |
| 5 | Maintals gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken | 11 |
| 5.1 | Kinderbetreuung | 12 |
| 5.2 | Integration..... | 13 |
| 5.3 | Vereinsförderung | 14 |
| 5.4 | Kultur | 14 |
| 5.5 | Senioren | 16 |
| 5.6 | Sozialpolitik..... | 16 |
| 5.7 | Inklusion | 17 |
| 6 | Maintal für Unternehmen attraktiv und wirtschaftlich gesund aufstellen | 17 |
| 6.1 | Haushalt und Finanzen | 18 |
| 6.2 | Wirtschaft und Wirtschaftsförderung | 18 |
| 6.3 | Der Konzern Stadt und die städtische Verwaltung, Interkommunale Zusammenarbeit | 19 |
| 6.4 | Bürgerbeteiligung..... | 20 |
| 7 | Grundsätze der Zusammenarbeit..... | 20 |
| 7.1 | Kooperationsbeirat..... | 21 |
| 7.2 | Organisation der Arbeit in den städtischen Gremien | 21 |
| 7.3 | Personalentscheidungen | 21 |
| 8 | Schlussbemerkung und Unterschriften | 22 |
| 9 | Inhaltsverzeichnis | 23 |